

Wie können wir einen gerechten Übergang zu einer nachhaltigen – und regenerativen – Welt erreichen?

Wir alle wünschen uns eine gerechte Welt, in der wir Menschen im Einklang mit den planetaren Grenzen leben. Aber während die Notwendigkeit einer raschen Reduktion von Treibhausgasemissionen anerkannt wird, tun sich viele Länder schwer mit den notwendigen Umsetzungen. Sie befürchten, dass die Bewältigung der gewaltigen klimatischen Herausforderungen unweigerlich eine Entscheidung zwischen dem Schutz des Planeten und dem Schutz der Arbeitnehmer*innen und der Wirtschaft, die die Menschen ernährt, erfordert. Wie ein Bericht der *Just Transition Research Collaborative* (siehe Kasten) hervorhebt, hemmt dieser vermeintliche Widerspruch jede Debatte über eine tiefgreifendere Transformation. Eine, die die wirtschaftlichen und politischen Strukturen verändern könnte, die Ungleichheiten und Machtasymmetrien reproduzieren und verschärfen. Solch ein radikaler Übergang erfordert eine Neudefinition von wirtschaftlichem Wohlstand und sozialem Wohlergehen. Im Mittelpunkt steht die Schaffung von Arbeit, die Arbeitnehmer*innenrechte fördert und Arbeitsbedingungen verbessert, und zugleich die Gleichstellung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, demokratische Teilhabe und soziale Gerechtigkeit umfasst (UNRISD, 2018).

Das Konzept des 'gerechten Übergangs' (engl. Just Transition) beschreibt die Idee, dass Gerechtigkeit ein integraler Bestandteil des Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Welt sein muss. Es wird zunehmend verwendet, um dem Gegensatz zwischen dem Erhalt von Arbeitsplätzen (besonders in Sektoren, die im Zusammenhang mit fossiler Energie stehen) und einer adäquaten Antwort auf die Klima- und Umweltkrise zu begegnen und die Debatte über den Weg zu einer kohlenstoffarmen Zukunft zu erweitern. Diese Diskussion muss auch Sektoren wie die Landwirtschaft einbeziehen und nicht nur diejenigen, die direkt mit Energie zu tun haben (Blattner, 2020). Während Arbeitsplätze als Quelle menschlicher Sicherheit und Würde anerkannt werden, beziehen die Debatten über den gerechten Übergang ein breiteres Spektrum von Gerechtigkeitsfragen ein, z. B. Visionen davon, wie wir uns Arbeit und Gesellschaften in der Zukunft vorstellen. Gemeinwesenorientierte Organisationen und Netzwerke für Arbeits- und Umweltgerechtigkeit setzen sich aktiv für einen gerechten Übergang ein, der sich nicht auf Arbeitsfragen beschränkt, sondern auch kulturelle, geschlechtsspezifische und ethnische Ungerechtigkeiten anspricht. Die Forderung nach gerechten Übergängen ist integraler Bestandteil des Pariser Abkommens (UNRISD, 2018). Gerechte Übergänge erfordern einen konzertierten Ansatz zur Bekämpfung von Ungleichheiten und umfassen die Bereiche Energiegerechtigkeit, Umweltgerechtigkeit und Klimagerechtigkeit (Heffron und McCauley, 2018). In einem breiteren Kontext der sozialen Gerechtigkeit wird die Notwendigkeit hervorgehoben, Klimaziele mit Maßnahmen zur Bekämpfung von sozialer Unsicherheit, Armut und Benachteiligung zu verbinden (Preston et al., 2014; UN DESA, 2020).

Die *Just Transition Research Collaborative* unterscheidet zwischen vier Ansätzen für gerechte Übergänge:

- 1. Status quo:** Bei diesem Ansatz werden die Regeln des Systems nicht geändert, sondern es handelt sich um eine 'Ökologisierung des Kapitalismus' durch freiwillige unternehmens- und marktgetriebene Veränderungen, wobei die Staaten ein günstiges Umfeld schaffen. Sie erkennen die Notwendigkeit an, Arbeitnehmer*innen, die durch den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft benachteiligt werden, zu entschädigen und/oder ihnen neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten. Die Ersetzung von 'alten' durch 'neue' Arbeitsplätze ist ein zentrales Merkmal dieses Ansatzes, bei dem die Schaffung von Arbeitsplätzen stellvertretend für Gerechtigkeit steht. Fragen der Verteilung von Arbeitsplätzen (in Bezug auf Zugang oder Möglichkeiten) oder negative externe Effekte (wie z. B. die Verschlechterung der Boden- und Wasserqualität in Bergbaugemeinden) werden nicht in Betracht gezogen.

2. **Reform des Managements:** Bei diesem Ansatz, den auch der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) vertritt, wird größere Gleichheit und Gerechtigkeit *innerhalb* des gegenwärtigen Wirtschaftssystems angestrebt, ohne die bestehenden Strukturen in Frage zu stellen (IGB, 2015). Die Bemühungen konzentrieren sich auf arbeits- und arbeitsplatzbezogene Fragen, beinhalten aber keine allgemeine Infragestellung des Wirtschaftsmodells. Hier werden besonders der soziale Dialog und Verhandlungen zwischen Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgeber*innen betont – also der Prozess, durch den Rechte und Leistungen gesichert werden können. Dieser arbeitnehmer- und arbeitsplatzzentrierte Ansatz spiegelt sich auch in den Leitlinien der Internationalen Arbeitsorganisation (2015) für einen gerechten Übergang wider, in denen die Entwicklung von Qualifikationen, Maßnahmen für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, der Schutz von Rechten am Arbeitsplatz, Sozialschutz und sozialer Dialog gefordert werden (ILO, 2015). Ein technisches Papier der UN-Klimarahmenkonvention verfolgt eine ähnliche Argumentationslinie (UNFCCC, 2016).
3. **Strukturelle Reformen:** Bei diesem Ansatz werden sowohl Verteilungsgerechtigkeit als auch Verfahrensgerechtigkeit sichergestellt. Während sich *Verteilungsgerechtigkeit* auf gerechte Ergebnisse und die Aufteilung von Kosten und Nutzen konzentriert, geht es bei der Verfahrensgerechtigkeit um faire, rechenschaftspflichtige und transparente Prozesse für Entscheidungen über die Auswirkungen der Klimakrise und die Reaktionen darauf (Newell et al., 2020). Verfahrensgerechtigkeit setzt einen inklusiven und gerechten Entscheidungsfindungsprozess voraus, der den Übergang steuert. Sie setzt weiterhin kollektives Eigentum und Management des neuen, dekarbonisierten Energiesystems durch die verschiedenen Interessensgruppen voraus. Grundlage hierfür ist ein institutioneller Wandel und eine strukturelle Weiterentwicklung des Systems. Lösungen werden nicht allein durch Marktkräfte oder traditionelle Formen der Wissenschaft oder Technologie hervorgebracht, sondern ergeben sich aus veränderten Verwaltungsstrukturen, demokratischer Beteiligung und Entscheidungsfindung sowie Eigenverantwortung.
4. **Transformativ:** Dieser Ansatz setzt eine Transformation des bestehenden wirtschaftlichen und politischen Systems voraus, das für die ökologischen und sozialen Krisen verantwortlich gemacht wird. Es werden nicht nur die Regeln und die Art und Weise der Führung verändert, sondern auch alternative Entwicklungswege zum wachstumsbasierten Wirtschaftssystem für notwendig erachtet. Dies erfordert ein grundlegend anderes Verhältnis zwischen Mensch und Mitwelt. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit Fragen von Kolonialismus und Rassismus, Patriarchat und Klasse.

Die *Just Transition Research Collaborative* weist darauf hin, dass die Frage, wer von den Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise negativ betroffen sein wird, sich nicht allein auf die Arbeitskräfte konzentrieren darf, da in vielen Fällen ganze Gemeinschaften betroffen sind, darunter auch Menschen, für die es keine Ausgleichsmechanismen gibt. Es stellt sich auch die Frage nach der Kontrolle und Verteilung von Energie, um Armut zu lindern und den allgemeinen Zugang zu erschwinglichen und nachhaltigen Energiequellen zu gewährleisten. Im Hinblick auf die oben skizzierten Ansätze für den Übergang stellt sich die Frage, welche dieser Ansätze wirklich gerecht sind. Der Bericht argumentiert, dass die Beibehaltung des Status quo ungerecht ist, weil die Gesellschaft, in der wir leben, bereits von großer Ungerechtigkeit geprägt ist. In Anbetracht der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Strukturen, die dieser Ungerechtigkeit zugrunde liegen, könnte eine Reform der Verwaltung ebenfalls unzureichend sein, obwohl sie als wichtiger erster Schritt angesehen wird (UNRISD, 2018).

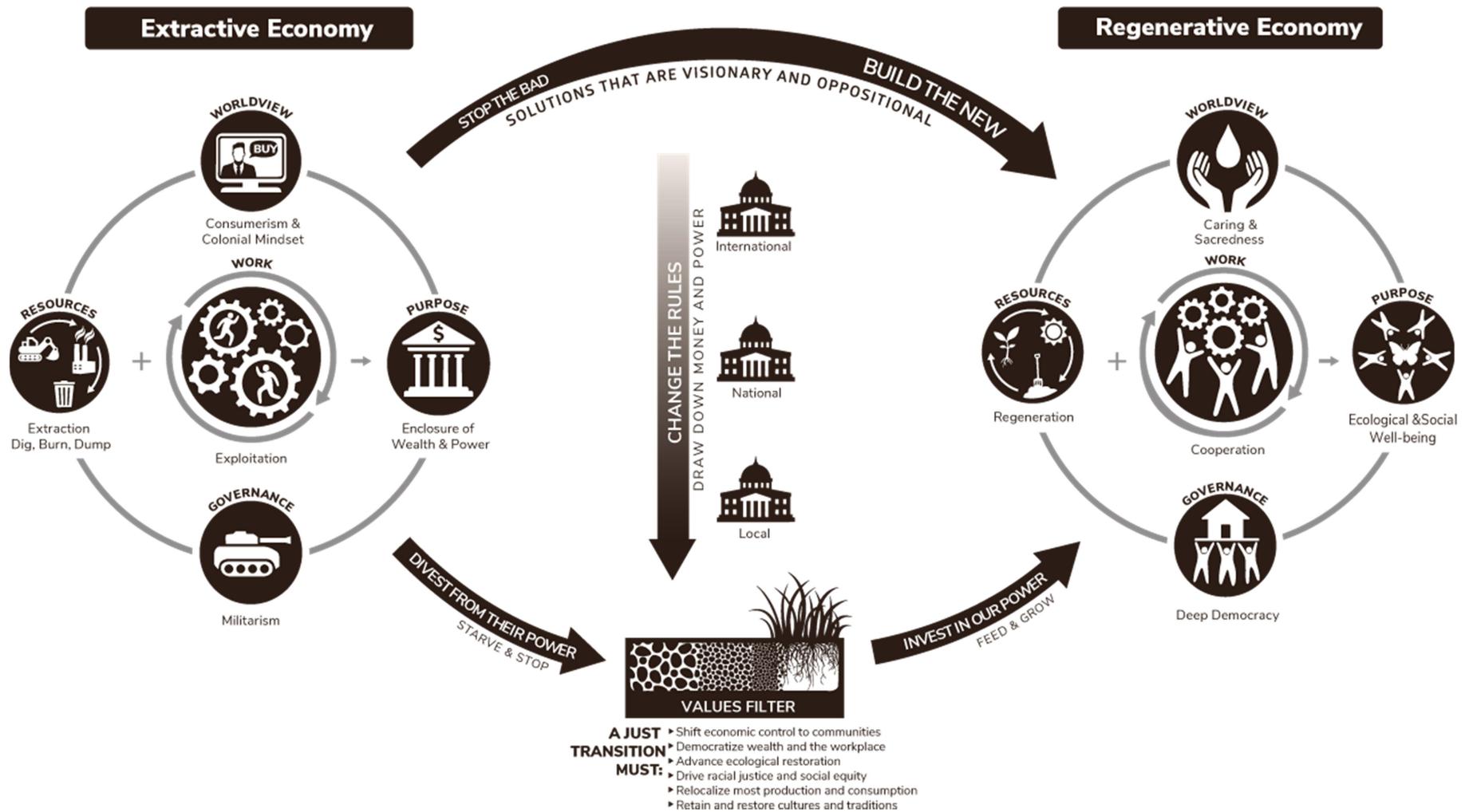
Im Einklang mit dieser Analyse haben mehrere andere Autor*innen und Organisationen betont, dass ein gerechter Übergang nicht nur einen gerechten Übergang zu klima- und umweltfreundlichen Beschäftigungssektoren bedeutet, sondern grundlegendere systemische Veränderungen in Bezug auf Wirtschaftssystem, Konsum, Demokratie, Beteiligung und Inklusion erfordert (Stavis und Felli, 2020; Velicu und Barca, 2020). Er benötigt auch den Übergang von einem anthropozentrischen zu einem ökozentrischen Ansatz, also zu einer Sichtweise, wo nicht mehr der Mensch Vorrangstellung hat, sondern die Ökosysteme

der Erde als Ganzes im Fokus sind. Die Beseitigung struktureller Ursachen (historische Ungerechtigkeiten, Landrechte, politische Teilhabe und Governance) ist der Schlüssel zur langfristigen Verwirklichung von Klimagerechtigkeitszielen (Newell et al., 2020). Die Möglichkeiten, gerechte Übergänge zu erreichen, scheitern zum Teil daran, dass wichtige Ressourcen von oben nach unten von Interessensgruppen verwaltet werden, die sich für die Aufrechterhaltung des Status quo einsetzen. Manche setzen sich dafür ein, dass eine alternative, demokratischere und partizipative Agenda für Klimagerechtigkeit durch Graswurzel-Mobilisierung zusammen mit staatlichen Maßnahmen ermöglicht werden könnte (Routledge et al., 2018). Andere haben darauf hingewiesen, dass das traditionelle Konzept eines gerechten Übergangs an sich womöglich große Mängel aufweist. Beispielsweise wird der rasche Übergang zu kohlenstoffarmen Energiesystemen eine verstärkte Förderung von Mineralien und Metallen erfordern, die selber energie- und kohlenstoffintensiv ist und soziale und ökologische Ungerechtigkeit verstärken wird (Bainton et al., 2020). All diese Punkte unterstreichen, dass ein gerechter Übergang auf eine systemische und mehrdimensionale Weise angegangen werden muss und verschiedene Organisationen haben Grundsätze für einen gerechten Übergang entwickelt. So betont beispielsweise die *Climate Justice Alliance*, dass ein gerechter Übergang den Übergang von einer extraktiven Wirtschaft hin zu einem regenerativen Ansatz erfordert, gekennzeichnet durch einen entsprechenden Umgang mit Ressourcen, ein Weltbild von Fürsorge und verantwortungsvollem Umgang mit der natürlichen Welt, einen Fokus auf ökologisches und soziales Wohlergehen und eine Governance- Form der tiefen Demokratie (deep democracy). Ein gerechter Übergang muss wirtschaftliche Kontrolle auf Gemeinschaften verlagern, Wohlstand und Arbeitsplätze demokratisieren, ökologische Regeneration vorantreiben, ethnische und soziale Verteilungsgerechtigkeit fördern, den Großteil von Produktion und Konsum verlagern und Kulturen und Traditionen bewahren und wiederherstellen (Climate Justice Alliance, ohne Datum, siehe Abbildung).

Christine Clar

Der Text ist 2021 im Rahmen einer Arbeit zum Thema *Klimakrise und Gesundheit für Public Health Wales* entstanden.

Die *Just Transition Research Collaborative* wird gemeinschaftlich vom University of London Institut in Paris und vom Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung (UNRISD) geleitet. Sie bringt ca. 20 Wissenschaftler*innen aus Nordamerika, Europa, Australien und Südafrika zusammen, die sich für das Just Transition-Konzept interessieren und/oder daran arbeiten.



Modell der *Climate Justice Alliance* (entwickelt von Movement Generation mit Climate Justice Alliance Gemeinschaften vor Ort. Graphik entworfen von der Design Action Collective. Symbole entworfen von Micah Bazant.)

Bibliographic:

Bainton, N.; Kemp, D.; Lèbre, E.; Owen, J. R.; Marston, G. (2021). The energy-extractives nexus and the just transition. *Sustainable Development*, 2021: 1-11.

Blattner, C. E. (2020). Just Transition for agriculture? A critical step in tackling climate change. *Journal of Agriculture, Food Systems, and Community Development*, 9(3): 53-58.

Climate Justice Alliance (no date). *Just Transition Principles*. Available from: Climate Justice Alliance, <https://climatejusticealliance.org/just-transition/> [Accessed July 2021].

Heffron, R. J.; McCauley, D. (2018). What is the 'Just Transition'? *Geoforum*, 88: 74-77.

ILO (2015). *Guidelines for a Just Transition Towards Environmentally Sustainable Economies and Societies for All*. Geneva: International Labour Organization.

ITUC (2015). *Climate Justice: There are no Jobs on a Dead Planet*. International Trade Union Confederation.

Newell, P.; Srivastava, S.; Naess, L. O.; Torres Contreras, G. A.; Price, R. (2020). *Towards Transformative Climate Justice: Key Challenges and Future Directions for Research*. Brighton: Institute of Development Studies.

Preston, I.; Banks, N.; Hargreaves, K.; et al. (2014). *Climate Change and Social Justice: An Evidence Review*. York: Joseph Rowntree Foundation.

Routledge, P.; Cumbers, A.; Driscoll Derickson, K. (2018). States of Just Transition: realizing climate justice through and against the state. *Geoforum*, 88: 78-86.

Stavis, D.; Felli, R. (2020). Planetary just transition? How inclusive and how just? *Earth System Governance*, 6: 100065.

UN DESA (2020). *World Social Report 2020: Inequality in a Rapidly Changing World*. United Nations Department of Economic and Social Affairs.

UNFCCC JT (2016). *Just Transition of the Workforce, and the Creation of Decent Work and Quality Jobs*. United Nations Framework Convention on Climate Change.

UNRISD (2018). *Mapping Just Transition(s) to a Low-Carbon World*. Geneva: United Nations Research Institute for Social Development (UNRISD).

Velicu, I.; Barca, S. (2020). The Just Transition and its work of inequality. *Sustainability: Science, Practice and Policy*, 16(1): 263-273.